

Das wachsende Glendshoer

Der neue Arbeitsmarktbericht

P. Heber, die Arbeitsmarktlage im Reich hat die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung am Donnerstag ihren neuen Bericht vorgelegt. Der Bericht besagt: Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 15. Oktober nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter 4 494 000. Sie hat seit dem letzten Stichtag am 1. Oktober um rund 120 000 zugenommen. Die Zunahme in der gleichen Zeit des Vorjahres belief sich auf rund 113 000.

In der Verteilung der Gesamtzahl der Arbeitslosen auf die verschiedenen Unterabteilungen ist in der Berichtzeit eine wesentliche Veränderung eingetreten. Auf Grund der zweiten Verordnung zur Förderung der Wirtschaft und Finanzen wurde durch Beschluß des Vorstandes der Reichsanstalt die Höchstzahl der Unterabteilungen in der Arbeitslosenversicherung von 26 auf 20 Wochen für die Saisonarbeiter von 20 auf 16 Wochen gesenkt. Dieser Beschluß, der den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt während der Wintermonate sichern soll, hat die vorhergehende erhebliche Entlastung der Arbeitslosenversicherung und Mehrbelastung der Arbeitsämter zur Folge gehabt; die letztere hat sich maßgebend hinsichtlich der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung auf nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter um rund 200 000 abgenommen und belief sich am 15. Oktober auf rund 1 143 000. In der Arbeitslosenversicherung wurde durch eine Zunahme um rund 150 000 eine Belastung von rund 1 290 000 Hauptunterstützungsempfängern erreicht.

Die allgemeine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt keine wesentlichen neuen Tendenzen. Sie bestätigt vielmehr das aus den letzten Berichten gewonnene Bild:

In der Landwirtschaft und in einzelnen Gewerbe- und Industriezweigen ist die Arbeitsbeschäftigung, wenn auch nicht in dem beringerten Ausmaß, in dem meisten Produktionszweigen, eine weitere Abminderung des Beschäftigungsgrades. Die Fortschritte erweist die günstigere Witterung vielfach eine weitere Entlastung des Arbeitsmarktes mit sich, doch ließ die Vermittlungstätigkeit gegen Ende der Berichtzeit bereits nach.

Im Bergbau zeigten sich schwache Besserungstendenzen, die Folge der Abreise für den Hausbrand; im Rubelzweig ist die Zahl der Beschäftigten etwas vermindert worden, doch wurde die Bergarbeiterentlastungen fortgesetzt; etwas günstiger war die Bewegung am Arbeitsmarkt in den meisten Gewerbe- und Industriezweigen. Der Beschäftigungsgrad in den Häften- und Walzwerkeisenwerken und des Rheinlands ist zurückgegangen.

Die Tätigkeit im Hochbau hat eine weitere Einschränkung erfahren, auch die Innere- und Reparaturarbeiten im Bauwesen haben verhältnismäßig nachgelassen. In der Zementindustrie überwiegen, ebenso wie in den Ziegeleien, die saisonbedingten Entlastungen.

Die Meuterer von Leningrad

Die Meuterer von Leningrad, die während ihres Aufstandes in Leningrad mehrere Hunderte Arbeiter in die Gefängnisse und in die Konzentrationslager verschickte, wurden durch die Sowjetregierung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Alle Angeklagten wurden sofort in Haft genommen. Die Meuterer von Leningrad wurden in Kollontaj's Lager in Perm anhaftet.

lichen wollten, von folgenden im Reichstag gestellten nationalsozialistischen Anträgen ausgehen müssen:

1. Am 14. Oktober 1930 (Drucksache 6) beantragten die Nationalsozialisten die sofortige Aufhebung des Versailler Vertrages und aller sonstigen Tributverträge.
2. Am 16. Oktober 1930 (Drucksache 101) beantragten die Nationalsozialisten, die Reichsregierung solle den Vertragspartnern die sofortige Rückgabe der Reichsregierung Deutschlands notifizieren.
3. Am 5. Dezember (Drucksache 830) beantragten die Nationalsozialisten, ein Ultimatum an Frankreich zu richten zur Erfüllung seiner Abrüstungsverpflichtungen gemäß Artikel V des Friedensvertrages von Versailles, Artikel 18 der Völkerbundsatzung und dem Schutzprotokoll von Locarno.
4. Am 5. Dezember 1930 (Drucksache 448) beantragten die Nationalsozialisten den sofortigen Austritt aus dem Völkerbund.

Alle diese und ähnliche nationalsozialistischen Anträge sind unter dem Namen Dr. Fried eingereicht. Derselbe zum Reichsanwaltschaftskandidaten emporgestiegene Dr. Fried hat keinen der Anträge nationalsozialistischen Freiheitswillens auch nur noch der Erwähnung für wert gehalten.

Dafür machte er eine staatsmännische Verbeugung vor Frankreich. Mit dem Blick auf den Kaiserposten verneigte er sich vor dem Nazifismus durch das Wort „Verständigung mit Frankreich“. Natürlich auf dem Boden der Gleichberechtigung! Als wenn je ein marxistischer oder sonstiger Verständigungspositiver etwas anderes als die volle Gleichberechtigung Deutschlands im Rate der Völker gefordert und angestrebt hätte!

In dem programmatischen Buche Adolf Hitlers „Mein Kampf“ wird auf S. 659 genau das Gegenteil einer Verständigung gefordert:

„Tutet niemals das Entzweien zweier Kontinentalmächte in Europa. Seht in jedem Versuch, an den deutschen Grenzen eine zweite Militärmacht zu organisieren, und sei es auch nur in der Form der Bildung einer Militärmacht fähigen Staates, einen Angriff gegen Deutschland und erwidert darin nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, mit allen Mitteln bis zur Anwendung von Waffen Gewalt die Entzweigung eines solchen Staates zu verhindern, bzw. einen solchen, wenn er schon entstanden, wieder zu zerlegen.“

In Norddeutsch überlegt: Betrümmeret die Militärmächte Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei! Hülfet sie ab und rüflet Deutschland auf! So einigt der radikale Freiwirtschaftler Adolf Hitler.

So glauben es noch seine jungen Stürmer im Lande. Solche Träume begeistern sie. Hitler, Fried und Genossen sind längst aus dem Lande der Träume auf den Boden realen Wirkens getreten. Neben alle diejenigen, denen der Kampf um die deutsche Arbeiterklasse tausendfach wichtiger ist, als der gegen den Vertrag von Versailles.

Dah Hitler und Konstantin den Kampf gegen den „inneren Feind“ weit über den Freiheitswillen nach außen stellen, dafür liegt ein neuer dokumentarischer Beweis vor. Aus dem Rahmen raus in München wurde jüngst an die ausländische Presse eine Niederchrift verhandelt, die eine einzige Arie derer vor dem internationalen Kapitalismus ist. Es wird in dieser für das Ausland bestimmten Schrift mit keinem Wort mehr die Zerstückung des Versailler Vertrages und die reflexlose Aufhebung der Tributverpflichtungen geäußert. Nicht den „Schandverträgen“, sondern dem „inneren Feind“ wird die Schuld an Deutschlands Glendshoer gegeben. Nicht der Ententemilitär ist der nationale Freiheitskampf, sondern der Nationalsozialismus, wird mit fester Hand die Herrschaft jener destruktiven marxistischen Elemente befehlen, die Deutschland heute finanziell und moralisch an den Rand des Abgrunds führen.

Finanzielle Verpflichtungen tributpflichtiger Art werden in dieser dem Ausland überreichten Niederchrift keineswegs grundsätzlich abgelehnt. Es wird nur gefordert, solche Verpflichtungen nicht zu versprechen, die Deutschland nicht erfüllen kann. Dann aber laßt sich die Hitler-Niederchrift vor den ausländischen Kapitalisten platt auf den Bauch und gelobt mitschrei:

„Die Hitler-Bewegung hat die festen Willen, die privaten Schuldverpflichtungen, die Deutschland eingegangen ist, ehrlich zu erfüllen. Der Nationalsozialismus legt Wert darauf, dies der Welt kundzutun, um all den falschen Gerüchten entgegenzutreten, die irrgewissermaßen über seine Absichten verbreitet werden. Das gerade Gegenteil dieser Gerüchte ist richtig. Die privaten Schuldverpflichtungen werden sich davon überzeugen, daß die Durchführung der nationalsozialistischen Wirtschaftsprinzipien in Deutschland eine bessere und sicherere Garantie ist für ihre finanziellen Forderungen, als die unverantwortliche Wirtschaft, die von dem bisherigen System in Deutschland betrieben worden ist.“

Unter „privaten Schuldverpflichtungen“ sind nämlich auch die Milliarden der deutschen Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Erfüllungsanleihen zu verstehen, die sich in der Hand von Privaten befinden. Hitler gelobt mit erhobener Schourhand: Wir erfüllen besser und gründlicher und zuverlässiger als die Marxisten! Als nationalsozialistische Wirtschaftsprinzipien werden in dieser Niederchrift die privatwirtschaftliche Wirtschaftsinitiative nach dem Leistungsprinzip, das Privateigentum und die freie Konkurrenz ohne jede Bindung gefeiert.

Nationalsozialismus? Ein Wort tiefer Verlogenheit! Weder Nation, noch Sozialismus kommen in dieser Bewegung zu ihrem Recht.

Revolution in Cypren

Das Regierungsgebäude in Brand gesteckt

London, 23. Oktober.

Am Donnerstag ist in der englischen Kolonie Cypren ein Aufstand ausgebrochen. Eine größere Menschenmenge griff das Verwaltungsgebäude der britischen Regierung an und steckte es in Brand. Das Gebäude brannte vollkommen nieder. Die Polizei sah sich gezwungen, auf die Menge zu feuern, wodurch elf Eingeborene verwundet wurden, von denen bisher einer seinen Verletzungen erlegen ist. Der britische Gouverneur hat den Gouverneur von Malta um Unterstützung durch Kriegsschiffe ersucht. Das Kolonialamt in London gab am Donnerstag nachmittags bekannt, daß die britischen Besatzungstruppen der Lage seien.

Die Unruhen erklären sich aus den allen Bemerkungen der griechischen Bevölkerung, die die überwiegende Mehrheit auf Cypren bildet, die in Verbindung mit Griechenland zu vereinigen. Den unmittelbaren Anlaß soll ein am Mittwoch erlassener Aufbruch des griechisch-orthodoxen Erzbischofs von Cypren bilden, in dem diese Vereinigung Cyprens mit Griechenland bereits ausgerufen wird.

Wier englische Kriegsschiffe unterwegs

London, 23. Oktober.

Die Admiralität teilt mit, daß zur Unterstützung der Unruhen auf Cypren bis dahin 10 000-Tonnen-Kreuzer London und Schiffe sowie zwei moderne Zerstörer von Malta nach Cypren entsandt worden sind.

Drohende Roggentenerung

Verbilligt das Futtermittelgetreide

Den Verlusten während ist es gelungen — der Reichsernährungsminister Schiele hat kaum Widerstand dagegen gefunden — den Preis für das 1250 Gramm schwere Vot auf 50 Pfennig herabzusetzen. Dadurch wird nur die Tatsache gekennzeichnet, daß Deutschland gegenwärtig das teuerste Roggenbrot hat. Gemeinlich an unserer Kaufkraft und der allgemeinen Preisbewegung, dürfte das Roggenbrot zu 1250 Gramm nur 30, höchstens 32 Pfennig kosten. Das ist das Ergebnis der Schiele'schen Getreidepolitik. Leider ist zu befürchten, daß wir noch nicht am Ende sind.

Darauf deuten vor allem die schnell abnehmenden Roggenvorräte hin. Nach der Vorratsschätzung des Deutschen Landwirtschaftsrates haben von der diesjährigen Roggenenernte nur noch 37 Prozent zum Verkauf zur Verfügung. Im vorigen Jahre waren es zur gleichen Zeit noch 68 Prozent. Außerdem waren noch große Mengen von Roggen aus der Geste des Jahres 1929 unterverkauft.

Als der Deutsche Landwirtschaftsrat mit seiner Statistik an die Öffentlichkeit trat, war das Erschauern groß. Man nahm an, daß es sich hier um eine kleine Schwinderei handelte. So wurde u. a. vermutet, daß die Lombardierten Roggenmengen (also die Roggenmengen, auf die die Landwirtschaft einen Vorzug genommen hat, die sich aber immer noch im Besitz der Landwirte befinden) in der Statistik des Deutschen Landwirtschaftsrates als verkauft erschienen. Demgegenüber hat aber der Deutsche Landwirtschaftsrat erklärt, daß diese Vermutungen falsch sind. Also muß man annehmen, daß bereits am 15. September 1931 tatsächlich nur noch 25 Millionen Tonnen Roggen zum Verkauf zur Verfügung standen, während es am 15. September 1930 noch annähernd 4 Millionen Tonnen waren. Bei den Weizen und bei den Getreiden dürften sich nennenswerte Vorräte nicht befinden. Wenn es gut geht, besitzen die Händler und die Mühlen höchstens einen Monatsbedarf.

Angeht es dieser Situation kann man sich ein Bild machen, wie sich die Roggenpreise in der nächsten Zeit entwickeln werden. Im vorigen Jahr betrug der Roggenpreis im Oktober für eine Tonne rund 145 M. Er stieg bis zum Frühjahr auf 215 M. Jetzt kostet der Roggen bereits 190 M., und es ist gar nicht abzusehen, was er bei der sehr knappen Versorgungslage im Frühjahr kosten wird.

Es müssen also Wege gefunden werden, die eine Roggenpreissteigerung verhindern. Dazu ist die Regierung auf Grund der Vorkriegsklausel gesetzlich verpflichtet. Eins besteht sich von selbst: die Landwirtschaft darf nicht so viel Roggen

verfügen, wie sie das nach der Vorkriegsklausel des Deutschen Landwirtschaftsrates anscheinend vor hat. Lediglich der für Mägen nicht brauchbare Teil der Roggenenernte darf an den Markt veräußert werden. Der übrige Roggen ist unbedingt der menschlichen Ernährung zuzuführen. Das ist schon und gut gesagt. Wie aber wird die Landwirtschaft veranlaßt, möglichst viel Roggen an die Mägen zu verkaufen? Es gibt nur ein Mittel, nämlich die Verbilligung des Futtermittelgetreides. Bei einer solchen Verbilligung der Landwirtschaft keinen Anreiz mehr, Roggen zu verkaufen, wenn die Futtermittelgetreidepreise gesenkt sind. Die Preisunterstützung des Getreides und Weizen ist aber recht leicht möglich, wenn die Futtermittelgetreidepreise gesenkt sind. Die Preisunterstützung des Getreides herabzusetzen wird, Restlicher Widerstand aus der Landwirtschaft gegen eine solche Verbilligung der Futtermittelgetreidepreise kann nicht erfolgen, da die meisten Landwirte das von ihnen angebaute Futtermittel im eigenen Betrieb verbrauchen. Hier ist also eine Verbilligung der Futtermittelpreise völlig gleichgültig.

Kübeln ist es notwendig, alle Maßnahmen zu unterlassen, die der Landwirtschaft die Möglichkeit geben, Getreide zurückzuhalten. Diese Möglichkeit hat der Reichsernährungsminister der Landwirtschaft bisher durch seinen Verbot der Lagerung, sondern auch Lieferverträge mit dem Staat gibt einen Hinweis auf, alles das hat zur Folge gehabt, unter Einfluß der Landpropaganda der Roggen zurückgehalten wird. Seit Wochen ist das Angebot von Roggen der Berliner Börse äußerst knapp. An vielen Tagen ist so gar kein Angebot vorhanden. Die Roggenlombardierung ist fast mißbraucht worden. Statt hier aber nach Möglichkeiten zu sehen, hat der Reichsernährungsminister Schiele die Preisunterstützung für die Getreidefinanzierungsrechte bis zum 31. Dezember verlängert. Also bis dahin kann man weiter zurückhalten. Der Fehler kann nur gutgemacht werden, wenn eine Reduktion der Futtermittelgetreidepreise erfolgt. Die Preisunterstützung für die Futtermittelgetreidepreise besteht nicht mehr.

Durch eine Verbilligung des Futtermittelgetreides kann man die schwierige Lage der auf Zulauf von Futtermittelgetreide gemessenen kleinen Landwirte in Süd-, West- und Nordwestdeutschland bessern. Diese kleinen Landwirte haben durch die gesunkenen Fleischpreise und die hochgehenden Getreidepreise stark benachteiligt worden. Eine baldige Senkung der Futtermittelgetreidepreise ist demnach dringende Aufgabe der Reichsregierung.

Die Entscheidung des Völkerbundsrates

Japan soll räumen

T. Genf, 22. Oktober. (Eigener Bericht.)

Der Völkerbundsrat hat am Donnerstag nachmittags in öffentlicher Sitzung das Ergebnis seiner langen internen Verhandlungen in Gestalt einer Formel verkündet, die für die Räumung der Mandatszone durch Japan eine Frist von drei Wochen setzt. Gleichzeitig sollen die Verhandlungen der Parteien beginnen. Der Schutz der japanischen Interessen soll von neutralen Beobachtern überwacht werden. China und Japans Vertreter erbat bis zum Eintreffen von Instruktionen eine Frist zur Stellungnahme.

Tosjigawa, Japan, beauftragte zu Beginn der Sitzung den Bericht seiner Regierung auf den Einspruch gegen die Zugewinnung Amerikas. Darauf gab Briand eine Rede über die seit der letzten öffentlichen Sitzung gepflogenen Verhandlungen. Der Konflikt ist in seinen Grenzen gehalten worden. Damit habe der Rat seine erste Pflicht aus Artikel 11 des Statuts erfüllt. Dies allein sei aber ungenügend. Die Lösung müsse folgen. Angesichts der entgegenstehenden Anschauungen der Parteien habe man doch schließlich nach harter Geduldsprobe eine Formel finden müssen, was oft die größte Schwierigkeit im internationalen Leben sei. So habe der Rat endlich seine die Parteien eine Formel gefunden, die den Parteien zur Aufhebung zugegangen sei und gegebenenfalls nach deren Anregungen geändert werde.

Die Entscheidung, die Briand dann verlas, erinnerte zuerst beide Parteien an die von dem Rat am 30. September abgenommenen Verpflichtungen der möglichst raschen Zurückziehung der japanischen Truppen sowie der wirksamen Garantie für Leben und Eigentum der Japaner durch China. Dann wickelte sich die

normale Beziehung von den Parteien verlangt: Japan mit der Räumung sofort beginnen und die Räumung seiner Truppen in die Eisenbahngasse fortzusetzen. Es muß sich zeigen, daß sie vor der nächsten Sitzung beendet ist. Wenn zum Schutze von Leben und Eigentum der Japaner alle Maßnahmen getroffen werden und die chinesischen Behörden, die diese Maßnahmen durchführen, Vertreter anderer Mächte geben, damit diese die Ausführung der Maßnahmen überwachen können. Ferner werden beide Regierungen aufgefordert, sofort Vertreter zur Regelung der Einzelheiten für die Räumung und die Aufnahme der geräumten Gebiete zu ernennen, damit diese Kommission sich regelmäßig und ohne Verzögerung vollziehen können. Mittelsbar nach erfolgter Räumung sollen beide Regierungen direkte Verhandlungen über alle schwebenden Fragen aufnehmen. Zu diesem Zweck hält der Rat die Bildung einer Verhandlungskommission oder eines anderen dauernden Organismus für einen gleichzeitigen Schritt für wünschenswert. Endlich soll der Rat bis zum 18. November verhandeln. Der Präsident wird jedoch das Recht erhalten, ihn früher einzuberufen, wenn er es für notwendig erachtet.

Es ist zu hoffen, daß sich auf die Bemerkung, daß die Entscheidung zwar hinter den berechtigten Wünschen Chinas zurückbleibe, so aber genau geprüft werden müsse, da sie bei dem Ergebnis schmerzlicher Arbeit getroffen sei.

Tosjigawa, Japan, lehnte jede Bestätigung einer bestimmten Datums für die Räumung ab und behauptete, das Recht vor, erst nach dem Erhalt seiner Instruktionen zu der Entscheidung Stellung zu nehmen.

Briand vertagte darauf die Sitzung auf Freitag nachmittags 5 Uhr.